

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2016
25.11. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Antrags-Nr.: 1.1-07

Thema: Unser Herz ist die Kraft für soziale Gerechtigkeit!

Der Weg, der seit Jahrzehnten in Deutschland beschritten wird, führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die für die Arbeiterwohlfahrt nicht hinnehmbar ist. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus 2013 zeigt die dramatische Entwicklung auf.

Die Ungleichheit vor allem der Vermögen hat in Deutschland besorgniserregende Ausmaße angenommen und wächst weiter, die untere Hälfte der Haushalte in Deutschland verfügt nur über rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens. Die oberen zehn Prozent besitzen dagegen fast 60 Prozent. 1970 lag dieser Wert noch bei 44 Prozent. Die Zahl der Millionäre ist in Deutschland zuletzt überdurchschnittlich gestiegen.

Armut wird andererseits immer bedrohlicher und trifft immer breitere Schichten. Vor allem wird es immer schwieriger für Menschen, sich aus Armutslagen wieder herauszuarbeiten: Armut verfestigt sich am unteren Rand. Auch das Armutsrisiko von Kindern unter 18 Jahren ist im Zeitverlauf tendenziell angestiegen. Laut den Zahlen des Soziökonomischen Panels (SOEP) liegt die Armutsrisikoquote von Kindern unter 18 Jahren bei 19,4 Prozent. Damit leben 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,5 Millionen Haushalten von einem Einkommen unterhalb der 60-Prozent-Armutsschwelle. Besonders die Kinder von Alleinerziehenden sind hier betroffen: 40 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland beziehen Arbeitslosengeld II. Deutschland teilt sich immer mehr auf in wenige Gewinner und viele Verlierer. Und das geschieht in einem der führenden Industrieländer der Erde. Die AWO erhebt deshalb folgende Forderungen zur Sicherung eines solidarischen Sozialstaates:

A. Einnahmen erhöhen und gerecht verteilen:

Finanztransaktionssteuer umsetzen

Es ist an der Zeit, dass der Finanzsektor durch eine solche Steuer endlich an den Kosten zur internationalen und nationalen Armutsbekämpfung sowie des Klimaschutzes beteiligt wird.

Vermögensbesteuerung neu gestalten

Gerade von einer höheren Besteuerung von Vermögen erwartet sich die AWO eine Verbesserung der Einnahmesituation des Staates. Gleichzeitig geht es der AWO jedoch auch um die Umverteilungswirkungen, die vor allem dann gegeben sind, wenn die durch Vermögensbesteuerung erzielten Einnahmen in bessere Chancen für wenig Vermögende investiert werden.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2016

25.11. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Schuldenbremse lockern

Die Schuldenbremse gefährdet in ihrer derzeitigen Handhabung die gesamtwirtschaftliche Stabilität und durch unterlassene Investitionen, die Zukunft unserer Kinder. Daher ist die Schuldenbremse zu lockern. Anstelle einer starren Regelung zur Rückzahlung soll vorgeschrieben werden, dass die Rückzahlung von Schulden bei guter konjunktureller Lage zu erfolgen hat.

Kommunen stärken, Einnahmen verbreitern

Sozialpolitik wird vor allem vor Ort geleistet – von und mit den Kommunen. Deren vielfach prekäre Finanzlage ist durch ein Maßnahmenbündel unmittelbar aufzubessern, damit Handlungsfähigkeit hergestellt wird. Wir fordern einen Ausgleich für Mehrbelastungen bei zusätzlichen Aufgabenübertragungen, eine Aufhebung des sog. Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen, insbesondere bei Zukunftsinvestitionen für Bildung, Umwelt und Soziales sowie bundes- und landesgesetzliche verbindliche Regelungen zur „Konnexität“, die verhindern, dass Kosten von Gesetzesvorhaben weiterhin auf die Kommunen abgewälzt werden können.

Subsidiarität stärken

Subsidiarität heißt auch eine Wiederverlagerung von Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen auf die kommunale Ebene. Kommunen müssen wieder in die materielle Lage versetzt werden, Daseinsvorsorge zu organisieren und soziale Angebote vor Ort sicherzustellen. Dabei brauchen Kommunen auch die AWO als Partnerin, die Mitverantwortung in der kommunalen Daseinsvorsorge übernimmt.

B. In den Sozialstaat investieren

Bildung und Betreuung verbessern - Teilhabe für alle Kinder sichern

Neben dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Infrastruktur gilt es zum anderen, die materielle Situation von Familien mit Kindern zu verbessern. Trotz einer Vielzahl familienpolitischer Leistungen sind fast 20 Prozent der Kinder in Deutschland von Armut betroffen. Die Arbeiterwohlfahrt fordert daher einen Paradigmenwechsel bei der Familienförderung und setzt sich für eine sozial gerechte Kindergrundsicherung ein.

In den sozialen Wohnungsbau investieren

Wegen des Auslaufens von Belegungsbindungen verliert Deutschland jährlich 100.000 Sozialwohnungen. Um wenigstens den Bestand zu halten, müssen jährlich mindestens 50.000 Sozialwohnungen zusätzlich gebaut und mindestens 50.000 Belegungsbindungen erworben werden.

Die Verknappung im sozialen Wohnungsbau darf nicht zur Belastung der Integration von geflüchteten Menschen werden.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2016 25.11. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Sozialraum erneuern - Gemeinschaft stärken

Wir fordern die verstärkte Förderung gemeinwesenorientierter Projekte. Nur durch den Einsatz von Stadtteillotsen und anderer Formen der Gemeinwesenarbeit sehen wir die Chancen für ein lebenswertes Miteinander in unseren Stadtteilen und Gemeinden.

Arbeitsmarktpolitik stärken

Von großer Bedeutung sind Reformen am Arbeitsmarkt. Wir fordern die Einrichtung eines öffentlich geförderten „Zweiten Arbeitsmarktes“ zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in Beschäftigungsprojekten mit einem öffentlich und am Gemeinwohl orientierten Charakter.

Grundsicherung verbessern

Das System der Grundsicherung ist an mehreren Punkten zu überarbeiten. Die Berechnung der SGB-II-Regelbedarfe muss neu angesetzt und die Berechnungsgrundlage um qualitative Erhebungen ergänzt werden. Das bedarfsdeckende Existenzminimum darf heute nicht unter 450 Euro liegen.

Rentenversicherung stärken

Ein Umsteuern in der Rentenpolitik ist für die AWO unumgänglich. Dazu werden Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung, wie z. B. Beitragserhöhungen nötig sein. Zur Armutsvermeidung sind Konzepte nötig, die eine bessere Absicherung von Menschen mit niedrigen Einkommen vorsehen.

Aktiv die Integration von Geflüchteten sichern

Die Aufnahme von Geflüchteten und Asylbewerber*innen ist eine große und wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben der Intensivierung der eigenen Betreuungsaufgaben appelliert die AWO deshalb an Land, Landkreise und Kommunen in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen, und weiterhin Kapazitäten freizustellen, damit sich Geflüchtete und Asylbewerber*innen als willkommener Teil der Bevölkerung sehen können.

Wir als Arbeiterwohlfahrt engagieren uns auch weiterhin als politischer Wohlfahrtsverband mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Angeboten gegen Alltagsrassismus in Deutschland. Wir werden den Anstieg rechtsextremer Straftaten in den vergangenen Jahren als Ansporn nehmen, unser Engagement stets klarzumachen und Haltung gegen Rechts zu zeigen. Wo auf der fremdenfeindlichen Seite nur Hass und blinde Wut vorhanden sind, gehen wir als Sozialverband auf alle Menschen ein und leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Nur mit Solidarität erreicht man mehr Miteinander, nicht mit blindem Hass.